



Kreistagsfraktion Rheinisch – Bergischen Kreis

Am Rübezahlwald 7
Kreishaus
51469 Bergisch Gladbach
Telefon: 02202 / 132729
Fax: 02202 / 13102751
E-mail: gruene-fraktion@rbk-online.de

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren,
bevor wir Grünen den Haushaltsentwurf durchleuchten, möchte ich der gesamten Verwaltung und da besonders Herrn Wasserfuhr und Herrn Eckl danken, die unserer Fraktion gewohnt sachkompetent Rede und Antwort gestanden haben.

Unser Anerkennung gilt aber auch dem Landrat: „Öffentlich die verfehlte Gemeindefinanzierung der schwarz/gelben Regierungspolitik in Land und Bund zu kritisieren hat unseren Respekt, Herr Menzel.“

Leider verhält der Ruf schon hier im Kreistag bei den eigenen Leuten in der ersten Reihe.

Zum Haushaltssicherungskonzept:

Grundsätzlich unterstützt die Grüne Fraktion die Verpflichtung zu konsequentem Sparen, auch um unsere Solidarität mit den Kommunen unter Beweis zu stellen.

Sparen ja, aber richtig! Die Rasenmähermethode ist dafür vollkommen ungeeignet, da selbst Kürzungen von 10 % für einige soziale Einrichtungen das „Aus“ bedeuten kann, immer aber ist es eine Reduktion von Leistungen für hilfsbedürftige Bürgerinnen und Bürger. Hier sind „Frauenzimmer“, „Frauen helfen Frauen“ und die „Aidshilfe“ zu nennen, deren gemeinnützige Arbeit wir Grüne nicht als „freiwillige Leistung“ sondern als „öffentliche Pflichtaufgabe“ definieren.

Zielgerichtetes und gerechtes Sparen heißt: Jede öffentliche Maßnahme gehört einzeln auf den Prüfstand und ist auf nachhaltige Vorteile oder Nachteile, - auf Kosten und allgemeinen Nutzen abzuklopfen. Die Maxime muss lauten: Sparen an materiellen Dingen ja, an Mensch und Natur nein!

Deshalb lehnen wir alle Kürzungsvorschläge der Verwaltung im Kinder- und Jugendbereich ab. Im Strategiepapier 2020 heißt es: "Im RBK wachsen Kinder gesund und sicher auf" und wir wollen eine „lückenlose gesundheitliche Begleitung und Förderung des Kindes von der Geburt bis zum Einstieg ins Berufsleben“. An unserem Zukunftspotenzial - an Kindern und Jugendlichen - zu sparen verbietet sich!

Auch die 6000 Euro Streichung im Umweltbereich wird von uns abgelehnt; – wenn selbst die Verwaltung bestätigt, dass eine Verschiebung der Landschaftsplanumsetzung zukünftige Mehrkosten verursachen wird. – ist dies sowohl ökologisch wie ökonomisch nicht nachhaltig gerechnet.

Mit unseren Anträgen zur Haushaltskonsolidierung schlagen wir stattdessen vor, eher an „lieb gewonnenen Annehmlichkeiten“ den Sparzwang anzusetzen. Im üppig angesetzten Budget für den IT Bereich kann bestimmt deutlich mehr als die von der Verwaltung vorgeschlagenen 10.000 Euro herausgeholt werden. Es muss nicht immer der neueste und schnellste PC oder der schickste Monitor sein. Wir beantragen deshalb die Zahl der jährlichen Neuanschaffungen von 200 Stück auf 150 zu reduzieren.

In einem weiteren Antrag wollen wir ein Zeichen setzen, dass in der Politik auch einmal über ungewöhnliche Einsparpotentiale nachgedacht wird. Wir wollen eine Kreisstrasse - die ein Naturschutzgebiet durchschneidet, die kaum frequentiert wird, da parallel eine Landesstrasse verläuft, an der es keine Anwohner gibt und die durch eine verhältnismäßig hohe Unfall

Häufigkeit (Motorradfahrer) „berühmt berüchtigt“ ist – vom Straßennetz nehmen, um so auch zukünftige Unterhaltungskosten einzusparen.

Trotz der strittigen Punkte wird die Grüne Kreistagsfraktion mehrheitlich, das Haushalts sicherungskonzept mittragen, auch weil uns eine Tatsache tröstet: „HSK wählen heißt Rüttgers quälen!“

Zum Haushalt 2010

Den eingebrachte NKF Haushalt bewerten Grüne als eine durchaus solide handwerkliche Arbeit. Es ist das Bemühen zu erkennen in der Inneren Verwaltung Einsparpotentiale und Effizienzsteigerung zu finden. Auch die Zielführung mittels Operation und Kennzahl hat sich - gesamt betrachtet - verbessert; wenn auch der unterschiedliche Stand einzelner Produktbereiche auffällt. Auch gibt es hin und wieder Stilblüten.

1.) Personal- und Servicemanagement: Da soll „die Kommunikationsfähigkeit und Gesundheit aller Mitarbeiter“ mit dem operationalen Ziel verbessert werden: „Berücksichtigung der demografischen Entwicklung durch Erreichung und Beibehaltung des Altersdurchschnitt von 2004 (43,7)“?!

2.) Und die Produktgruppe Medien, Öffentlichkeitsarbeit und Kreistagsbüro nennt als löbliches Globales Ziel: „die Informationsversorgung der Bevölkerung und der MitarbeiterInnen der Kreisverwaltung...“ – vielleicht war es ja eine „freudsche Fehlleistung“, dass die Politik in der Aufzählung fehlt?!

Auch der Stellenplan ist mit Augenmass und mit Bedacht aufgestellt und findet die Grüne Zustimmung.

Aber - gerade ein Umlagefinanzierter Kreishaushalt kann nicht nur als Solitär betrachtet werden, sondern er hat einen Unterbau - die acht zahlenden Kreiskommunen - und einen Überbau – die Politik der Mehrheitsfraktionen, welche in Bund, Land und auch im Kreis die Finanzregeln bestimmen!

Und schauen wir uns doch einmal den Zustand des Fundamentes an!

Keiner unserer acht Kreis-Kommunen gelingt ein ausgeglichener Haushalt. Wermelskirchen, Leichlingen und Odenthal sind gerade noch einmal an einem Haushalts sicherungskonzept vorbeigeschrammt. In Kürten wird der Haushalt mit der einzigen Stimme des Bürgermeisters verabschiedet. Mit Rösrath, Bergisch Gladbach, Overath und Burscheid befinden sich die Hälfte im Nothaushalt. Für Burscheid wird der Bankrott für 2013 prognostiziert. Die Gesamtverschuldung unserer acht Kreiskommunen beträgt gut eine halbe Milliarde Euro – Tendenz steigend!

Womit wir bei dem Überbau – der am Schwanz rotierenden „Tigerente“ – sind!

Nicht genug, dass die kommunale Ebene mit immer neuen Aufgaben und Ausgaben belastet wird, zusätzlich beschneiden Gesetzesnovellierungen den Kommunen auch die Einnahmen. Das beginnt mit § 107 der Gemeindeordnung, welcher die betriebliche Betätigung von Kommunen begrenzt, geht über das „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ - oder nennen wir es lieber „Mövenpickgesetz“ - das alleine in Bergisch-Gladbach zu Mindereinnahmen in Millionenhöhe führt. Die Ausfälle in der Gewerbesteuer durch die von CDU/FDP beschlossene und am 1. April in Kraft tretende Unternehmensteuerreform beziffert der deutsche Städtetag auf 1,8 Milliarden Euro. Beispielhaft ist auch die Abschaffung der Jagdsteuer.

Das Stickmuster ist immer das gleiche: Kommunales Steueraufkommen wandert in die Taschen einzelner Lobbygruppen -- und in unseren Städten und Gemeinden gehen die Lichter aus.

Ich nenne das „politisches Raubrittertum“!

Sehr geehrter Herr Müller, sehr geehrter Herr Deppe, zu einigen dieser Entscheidungen haben Sie in Düsseldorf und auch hier im Kreistag die Hand gehoben und tragen somit Verantwortung.

Leider kennen die Regeln der Haushaltsverabschiedung nur die drei absoluten Möglichkeiten – zustimmen, ablehnen oder enthalten.

Eine differenzierte und pädagogisch hilfreichere Beurteilung der einzelnen Haushaltsaspekte - zum Beispiel nach Schulnoten - wäre in der Sache angebrachter.

Dann bekäme der „schriftliche“ Haushalt der Verwaltung mit Stellenplan von uns Grünen ein befriedigend plus.

Für wen aber „Konnexitätsprinzip“ ein Fremdwort ist, wer nicht ökologisch und ökonomisch wirtschaften kann - und dessen „Kopfnote“ in sozialgerechter Kompetenz mangelhaft ist, --- wird am 9. Mai „hängen bleiben“!

Traditionsgemäß gibt es bei der Grünen Kreistagsfraktion keinen Fraktionszwang und keine Probeabstimmung – eines der Privilegien der Opposition – sondern es wird jeder Mandatsträger nach seinem Wissen und Gewissen votieren. Lassen Wir uns überraschen, ich vermute es wird eine mehrheitliche grüne Ablehnung herauskommen.

Mit der versöhnlich gemeinten - ausdrücklichen Zusicherung der weiteren konstruktiven Mitarbeit unserer Fraktion, einschließlich der Wiederholung des Beratungsangebots im IT Bereich – für eine gemeinsame Lösung der anstehenden Probleme im Sinne der Bürgerinnen und Bürger im RBK - endet mein Redebeitrag.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Es gilt das gesprochene Wort

